

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

AKTIV FÜR CHANCEN-GLEICHHEIT

SEPTEMBER 2019

Nie wieder Faschismus!

Workshop mit DGB-Jugend NRW



„Nie wieder Faschismus! – Wie lässt sich heute erinnern?“ lautet der Titel des gemeinsamen Tagesworkshops von DGB-Jugend NRW und Gelber Hand, der am 12. Oktober 2019 im Düsseldorfer DGB NRW-Haus stattfinden wird. Erinnerungsarbeit ist wichtiger denn je. Mit wachsendem zeitlichen Abstand zu der NS-Terrorherrschaft drohen Erinnerungen zu verschwinden. Gleichzeitig nehmen rassistische, antisemitische und homophobe Parolen vermehrt zu. Die Erinnerungsarbeit in Form von Aufarbeitung der NS-Verbrechen, sowie politische Bildung, ist eine wichtige Grundlage unserer Demokratie.

Der Workshop beschäftigt sich mit der Bedeutung der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit und vermittelt Praxisbeispiele aus der Gewerkschaftsjugend, um Perspektiven abzuleiten. Nach einem Vortrag am Vormittag zu Erinnerungskultur und Gewerkschaften von Prof. Dr. Michael Schneider (Universität Bonn) wird Eric Schley, Bezirksjugendsekretär DGB-Jugend NRW, Praxisbeispiele für die Erinnerungsarbeit aus der Gewerkschaftsjugend vorstellen. Anschließend sollen auf dieser Grundlage neue Projektideen entwickelt werden.

Mehr Infos zur Veranstaltung findet ihr auf: <https://www.gelbehand.de/informieredich/veranstaltungen/>.

Jamel, Dresden, Chemnitz – Unterwegs für die Demokratie

Gewerkschaften setzen im August ein starkes Signal gegen Rechts

In Jamel, Dresden und Chemnitz haben der DGB und die Gewerkschaften gemeinsam mit vielen Menschen Ende August starke Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie gesetzt.

Seit 2007 organisiert das Ehepaar Lohmeyer im Dorf Jamel in Nordwestmecklenburg das „Jamel rockt den Förster“-Festival. Inzwischen kommen jedes Jahr eine ganze Reihe prominenter Bands und Künstler*innen. Auch in diesem Jahr waren die rund 1.200 Karten ausverkauft. Denn Jamel ist nicht irgendein Dorf: Jamel ist von Neonazis gezielt als „nationalsozialistisches Musterdorf“ besiedelt worden.



Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann übergibt in Jamel gemeinsam mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (2.v.l.) und Ingo Schlüter (l.), stellvert. Vorsitzender DGB Nord die „Demokratie-Aktie“ an Familie Lohmeyer. (Foto: DGB/Deppe)

Das Festival auf dem Grundstück der Lohmeyers, die selbst in Jamel leben, bedeutet in diesem Fall Gegenwehr gegen diese Vereinnahmung. Jahr für Jahr setzen die Lohmeyers mit ihrem Festival ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

In diesem Jahr fand „Jamel rockt den Förster“ am 23. und 24. August statt. Am letzten Tag seiner Sommertour besuchte auch der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann gemeinsam mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig das Festival – und überreichte eine Demokratie-Aktie der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Wert von 5.000 Euro an das Ehepaar Lohmeyer.

„Jamel rockt den Förster“ ist mehr als Musik: Diverse Organisationen und Initiativen sind mit Ständen auf dem Festivalgelände präsent – und im Rahmenprogramm werden Workshops mit Themen aus der politischen Bildung angeboten. Mit dabei sind Jahr für Jahr viele Aktive aus der Gewerkschaftsjugend. Die IG Metall-Jugend Lübeck-Wismar beteiligte sich in diesem Jahr etwa mit dem Workshop „Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt“: Der Workshop zeigte, wie man am besten reagiert, wenn man am Arbeitsplatz mit rechtsextremen Ansichten und Diskriminierung konfrontiert wird. Ebenfalls dieses Jahr in Jamel mit Infostand und Workshop-Angeboten vor Ort war die ver.di-Jugend Nord.

Eine weitere wichtige bundesweite Veranstaltung für eine solidarische Gesellschaft ohne Rassismus war am 24. August die die Groß-

demonstration des Bündnisses „Unteilbar“ in Dresden, die rund 40.000 Menschen besuchten. Es war die größte Demonstration in Dresden seit den Wendejahren: ein beeindruckendes Zeichen für eine offene und freie Gesellschaft – für Solidarität statt Ausgrenzung.

Mit zur Demonstration aufgerufen hatte der DGB-Bezirk Sachsen. Bezirksvorsitzender Markus Schlimbach bezeichnete die Demonstration als „wichtiges Signal aus Dresden“: „Unteilbar hat gezeigt, dass es lohnt für Solidarität und gegen Ausgrenzung zu kämpfen. Wir lassen uns nicht Angst machen, wir stehen gemeinsam für eine offene und solidarische Gesellschaft.“ Reiner Hoffmann, der DGB-Vorsitzende, sah in der Unteilbar-Demo ebenfalls, „ein starkes Zeichen für Demokratie, sozialen Zusammenhalt und Weltoffenheit“. Auch die DGB-Jugend war in Dresden „#unteilbar auf der Straße gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung“, wie sie auf Facebook eindrucksvoll verkündete.

Weiter mit der gewerkschaftlichen Demokratie-Tour im Sommer ging es dann einen Tag später in Chemnitz, wo die DGB-Region Südwestsachsen am 25. August zum „Sunday of Summer“ eingeladen hatte, eines Dankesfest für Arbeitnehmer*innen zu dem 7.500 Besucher*innen kamen. Auch DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell war in Chemnitz mit dabei. Neben einem Kulturprogramm mit Musik beteiligten sich auch 25 Betriebe und Unternehmen aus der Region mit Ständen an dem Fest in der Chemnitzer Innenstadt, wo ein Jahr zuvor rechtsextreme Ausschreitungen und Hetzjagden gegen Migrant*innen das Stadtbild prägten.

Ralf Hron, Geschäftsführer der DGB-Region Südwestsachsen erklärte: „Wir wollen an einem schönen Sommertag mit den Chemnitzerinnen und Chemnitzern und ihren Gästen die Arbeit feiern. Es ging uns auch darum, mit Unterstützung der Staatsregierung, den Menschen in der Region einmal von Herzen ‚Danke‘ zu sagen.“ Der „Sunday of Summer“ habe Bilder einer „fröhlichen, lebenswerten und bunten Stadt“ gezeigt. Und er habe gezeigt, dass man die Menschen in Chemnitz nicht allein lassen werde „im Kampf gegen nationalistische und rechtsradikale Angriffe“.

Mehr Eindrücke, Infos und Bilder zu den Veranstaltungen findet ihr unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++9624a38e-c7f1-11e9-8d8b-52540088cada>



DGB auf der Unteilbar-Demo: Solidarität statt Ausgrenzung! (Foto: DGB/ Schlimbach)



Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Abrüstung!

Aufruf des DGB zum Antikriegstag 2019

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ Das ist die Antwort der Gewerkschaften auf das unermessliche Leid, das Nazi-Deutschland über die Welt gebracht hat als es am 1. September 1939 Polen überfiel und damit die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auslöste. Achtzig Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskriegs der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von blindwütigem Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann.

Demokratie, Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen entschlossen verteidigt werden. Das weiß niemand besser als wir Gewerkschaften. Deshalb waren wir von Anfang an zentraler Teil der Friedensbewegung und haben zu ihren Erfolgen beigetragen. Wir wissen aber auch: Unser Kampf gegen Faschismus, nationalistische Kriegstreiberei und besinnungsloses Wettrüsten ist längst nicht vorbei. Im Gegenteil: Wir leben heute in einer Welt, in der unser gewerkschaftlicher Einsatz für eine starke Friedensbewegung besonders gefordert ist.

Die aktuelle Weltlage ist geprägt durch Unsicherheit und Instabilität. Wir werden nicht nur Zeuge, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift, sondern sehen uns mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert. In einer Zeit, in der alle Atomkräfte dabei sind, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und kündigen das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland. Auch die Bundesregierung ist in der Verantwortung, diesem

Irrsinn Einhalt zu gebieten. Sie muss endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben.

Welche Ausmaße das neuerliche Wettrüsten erreicht hat, zeigt sich bei den Militärausgaben. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs waren sie nie so hoch wie heute: Weltweit belaufen sie sich auf mehr als 1,6 Billionen Euro. Und auch die Bundesregierung kennt kein Halten. Betrug der deutsche Verteidigungsetat 2015 noch 33 Mrd. Euro, so ist er inzwischen auf 43,2 Mrd. Euro gestiegen. Wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehrausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge sein Rüstungsetat in fünf Jahren bei 85 Mrd. Euro.

Schluss damit! Schon heute nimmt Deutschland den achten Platz bei den Rüstungsausgaben ein. Und das, obwohl das Geld für öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden fehlt – ob nun für die Gestaltung der sozialökologischen Transformation durch Klimawandel und Digitalisierung, in der Alterssicherung und Pflege, beim sozialen Wohnungsbau, bei der Entwicklung eines umfassenden Gesundheitssystems oder bei der Modernisierung von Schulen und dem Kita-Neubau. Statt mit Unsummen das Wettrüsten anzuhetzen, fordern wir die Bundesregierung auf, die dafür vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Soziale Gerechtigkeit und sichere Zukunftsperspektiven für alle – das ist zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Aus-



(Foto: DGB)

grenzungsparolen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Sie machen mobil gegen unsere Demokratie und sagen unserer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft den Kampf an. Wie wenig die Rechtsextremisten dabei vor Gewalt und Terror zurückschrecken, hat erst jüngst der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verdeutlicht.

Weltweit befinden sich die Feinde der Demokratie, Autokraten und autoritäre Regime auf dem Vormarsch. Sie schüren neue Feindbilder. Sie instrumentalisieren die tiefe Verunsicherung, die das Gefühl bei vielen Menschen auslöst, in einer Welt zu leben, die völlig aus den Fugen geraten ist. Eine Welt, die durch eine wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten geprägt ist. Eine Welt in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden.

All diese Probleme lassen sich nur mit weniger statt mit mehr Waffen lösen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, engagiert sich der DGB in der Friedensinitiative ‚Abrüsten statt Aufrüsten‘. Deren Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO haben inzwischen mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichnet. Wir rufen öffentlich dazu auf, den Aufruf mitzuunterschreiben und sich an den zahlreichen Aktionen der Initiative zu beteiligen (<https://abruesten.jetzt>).“

Fest für Frieden, Freiheit und Demokratie

Gelbe Hand auf dem Fest des Düsseldorfer Appells am 1. September

Bei gutem Wetter, abwechslungsreichem Programm und vielen Gästen setzten rund 50 Vereine und Organisationen am 1. September, am Antikriegstag, in Düsseldorf ein Zeichen für Demokratie und Frieden. Mit einem Stand dabei war auch der Kumpelverein, vertreten durch die Geschäftsführerin Dr. Klaudia Tietze und durch die Mitarbeiterin Arzu Simsek. Organisiert und veranstaltet wurde das Demokratie-Fest mit Unterstützung der Stadt Düsseldorf vom zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit namens „Düsseldorfer

Appell“. Nach den rassistischen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre haben sich in Düsseldorf Kirchen, Gewerkschaften und die demokratischen Parteien zu diesem Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit zusammengeschlossen und setzen sich seither überparteilich gegen Ausgrenzung und Rassismus ein. Sprecherin des Bündnisses ist Sigrid Wolf, Vorsitzende des DGB Düsseldorf-Bergisch Land. Wolf erinnerte auf dem Demokratie-Fest an elementare Wegmarken deutscher Geschichte. Vor 100 Jahren wurde die erste demokratische Verfassung verkündet, am 1. September jährte sich zum 80. Mal der Beginn des Zweiten Weltkriegs, „der mit all seiner unbeschreiblichen Brutalität und Grausamkeit Millionen von Menschen, das Leben und die Freiheit kostete“, so Wolf. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland feierte in diesem Jahr am 23. Mai seinen 70. Geburtstag und vor 30 Jahren fiel die Mauer zwischen Ost und West. Mit Blick auf rechtspopulistische Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg betonte die Gewerkschafterin: „Die AfD macht Rassismus und

Ausländerfeindlichkeit, rechtsradikale Sprüche und Gewalttaten wieder salonfähig.“ Eine Haltung, die auch die DGB-Jugend Düsseldorf Bergisch-Land in ihrer Aktion verdeutlichte. An ihrem Stand veranstalteten die Jugendlichen ein „Rechtspopulismus-Dosenwerfen“, das rege von den Besucher*innen angenommen wurde und gut ankam. Carissa Wagner, Jugendsekretärin des DGB Düsseldorf-Bergisch Land, erklärte: „In ganz Europa säen Rechtspopulist*innen Hass, hetzen gegen Minderheiten und bedrohen die Demokratie. Mit dieser symbolischen Aktion geht es uns als DGB-Jugend darum, zu zeigen, dass wir die Werte und die Ideologie der Rechten ablehnen und dass wir für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft stehen.“



DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land setzt ein interaktives Zeichen gegen Rechts.



Gelbe Hand-Geschäftsführerin Dr. Klaudia Tietze mit Arbeitsdirektor der Rheinbahn AG und Projektpartner der Gelben Hand, Klaus Klar, an unserem Stand.

„Solidarisches Handeln statt Hass und Hetze“

Veranstaltung des DGB-Region NRW Süd-West und der IG BCE Alsdorf gegen rechten Hass



Unter diesem Motto hatten am 22. August der DGB-Region NRW Süd-West und die IG BCE Bezirk Alsdorf in die Stadthalle nach Alsdorf eingeladen. Gekommen waren weit mehr als 150 Teilnehmer*innen, die im Eingangsbereich zunächst die Ausstellung „Gegen das Vergessen – Das Kriegsgefangenenlager Arnoldsweiler/Düren“ besichtigen konnten. Eine Ausstellung, die maßgeblich entstanden ist durch die Nachforschungen unseres Fördermitglieds Uli Titz von der IG BCE Düren. Die Ausstellung wandert mittlerweile durch Gewerkschaftshäuser und Bildungseinrichtungen. Aufgearbeitet wird die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Stalag

VH I bei Arnoldsweiler, in dem rund 2000 Menschen Opfer der NS-Gräueltaten wurden. „Wir müssen uns wieder jeden Tag gegen Krieg, Rassismus und völkisches Gedankengut stemmen“, fordert Initiator Uli Titz mit Blick auf die heutige Situation. Um die aktuelle Lage ging es dann bei der Hauptveranstaltung. Bei der Begrüßung machte der Bezirksleiter der IG BCE Alsdorf, Manfred Maresch, deutlich: „Es ist Zeit. Zeit aufzustehen für eine solidarische Gesellschaft, für eine Gesellschaft des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders“. Zu Beginn näherte sich Kabarettist Martin Kaysh, ebenfalls ein Fördermitglied der Gelben Hand, mit amüsanten,

aber auch nachdenklichen Beiträgen der rechten Thematik. Der Sprachforscher Dr. Jobst Paul vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung analysierte in seinem darauffolgenden Vortrag eindrücklich, wie die Verrohung der Sprache zu Verrohung der Gesellschaft führt – vom Wort zur Tat. Abschließend wurde in einer Podiumsdiskussion u.a. mit Alfred Sonders, Bürgermeister der Stadt Alsdorf und Ralf Woelk, Regionsführer der DGB Region NRW Süd-West, das Thema nochmals aus verschiedenen Blickwinkeln vertieft. Am Ende war man sich einig: es braucht solidarisches Handeln statt Hass und Hetze!

Wer hetzt, der fliegt.

Mitarbeiter bei Daimler in Untertürkheim nach Nazi-Postings gekündigt / Rechte Betriebsräte instrumentalisieren den Fall



Die Stimmung ist angespannt beim bekannten deutschen Automobilhersteller mit dem Stern als Logo. Grund dafür ist die Kündigung zweier Mitarbeiter wegen rassistischen Verhaltens. Der Daimler-Konzern hatte im Jahr 2018 zwei Arbeiter des Werks Untertürkheim entlassen, nachdem diese einem türkischstämmigen Kollegen und IG-Metall-Vertrauensmann über Monate rassistisch beleidigt und ihm über Whatsapp Hitler- und Hakenkreuz-Bilder, verächtliche Bilder über Muslime und weitere harte menschenverachtende Posts zugesandt hatten. Das war dann zum Beispiel ein Bild von einem Wehrmachtssoldaten mit einer Schnellfeuerwaffe. Darunter steht: „Das schnellste deutsche Asylverfahren lehnt bis zu 1400 Anträge in der Minute ab.“

Als Gelbe Hand haben wir über den Vorfall mit dem Daimler-Betriebsrat aus Untertürkheim und IG Metall-Kollegen Roland Schäfer gesprochen. Dieser betonte: „Das waren klare rassistische Anfeindungen, die der Kollege über Monate ertragen musste. Das waren nicht nur die Whatsapp-Bilder, sondern auch persönliche Beleidigungen gegen ihn als Türken.“ Der Betriebsrat sieht diesen Fall auch im Lichte einer größeren Entwicklung: „Insgesamt muss ich sagen, dass die Hemmschwellen gesunken sind, das Klima und der Umgang miteinander verrohen immer mehr. Was man vor 10 Jahren nicht gesagt hätte, scheint jetzt salonfähig.“

Der betroffene türkischstämmige Vertrauensmann wandte sich nach dem monatelangen rassistischen Mobbing letztes Jahr an einen Vertreter der Vertrauenskörperleitung (VKL). Der VKL-Vertreter hat ihm empfohlen, die Vorfälle bei seinem Teamleiter zu melden. Daraufhin wurden Personalbereich und Betriebsrat benachrichtigt. Der Personalbereich hat sich dann nach den Gesprächen und aufgrund der vorliegenden, menschenverachtenden WhatsApp-

Nachrichten und -Bildern, dazu entschieden, Kündigungen gegen die Täter auszusprechen. Gegen die Kündigung haben die zwei Mitarbeiter geklagt, das Arbeitsgericht in Stuttgart hat die Kündigung jedoch bestätigt und als rechtmäßig erklärt. Als Grund wurden unter anderem die menschenverachtenden Whatsapp-Nachrichten angeführt. Dies zeigt einmal mehr, dass das, was in soziale Medien kommuniziert wird, nicht im rechtsfreien Raum stattfindet, sondern Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis haben kann – bis hin, wie in diesem Fall, zur Kündigung.

Damit hätte alles beendet sein können, doch der Fall schlug weitere Wellen. Die rechte Betriebsratsgruppe „Zentrum Automobil“, die in Untertürkheim mit sechs Sitzen im Betriebsrat vertreten ist, instrumentalisierte daraufhin die Kündigung der beiden deutschen Mitarbeiter für eine Propagandakampagne. Das „Zentrum Automobil“ produzierte einen 35 Minuten langen Videofilm, in dem die Täter interviewt und als die eigentlichen Opfer dargestellt werden. Die Vorwürfe gegen die beiden Entlassenen werden als absurd abgetan und die IG Metall als korrupte Gewerkschaft diffamiert, die an allem Schuld sei.

Führender Kopf des Zentrums ist Betriebsrat Oliver Hillburger, ehemaliger Sänger der Rechtsrock-Band „Noie Werte“. Er verfügt über Verbindungen in die Szene der Neuen Rechten rund um den rechten Verleger Götz Kubitschek.

Mitte Juli kam es über den Fall vor den Toren des Werksteils in Mettingen am Stuttgarter Stadtrand auch zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen rechten Anhängern des Zentrums und IG-Metall-Kollegen. Der Streit konnte erst durch Eingreifen der Polizei beendet werden.

IG Metall-Betriebsrat Roland Schäfer ist angesichts dieser Entwicklungen im Betrieb besorgt: „Das Zentrum Automobil versucht die Belegschaft zu spalten. So wie die AfD die Gesellschaft

spaltet, so tun sie es im Betrieb.“ Problematisch ist für Schäfer die unkontrollierbare Verbreitung des Propaganda-Videos: „Das ist schon eine neue Dimension. Das kursiert jetzt in den sozialen Medien, ohne dass der Hintergrund dazu aufgeklärt wird.“ Die IG Metall-Betriebsräte haben sich entschlossen, auf Betriebsversammlungen offensiv damit umzugehen, „Wir kommunizieren der Belegschaft unsere Sicht der Dinge und vertreten da klar unseren Standpunkt. Und die Mehrheit der Belegschaft steht eindeutig auf unserer Seite. Wir stehen für Solidarität, rechte Hetze hat bei uns keinen Platz.“

So sieht das auch der Arbeitgeber. In einem Aushang für die Mitarbeiter wies Daimler jetzt auch die Vorwürfe des Vereins „Zentrum Automobil“ zurück. In der Regel äußere man sich nicht zu Kündigungsfällen, erklärte das Unternehmen in einem Aushang für die Beschäftigten. Weil der Film aber die Tatsachen verzerrt, mache man nun eine Ausnahme. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit könne Daimler „in keiner Weise dulden“.

Auch die IG Metall Stuttgart veröffentlichte eine Stellungnahme zu den Vorfällen, in der sie sagt, dass die Kündigung nicht von der IG Metall betrieben wurde – so hatte es im Nachhinein das Zentrum Automobil dargestellt – aber eines klar ist:

„Allerdings gilt für die IG Metall und ihre Vertrauensleute, dass wir keine Toleranz gegenüber rassistischen Äußerungen zeigen – sondern eine klare Kante gegen rechte Hetze. In den Betrieben wie in der Gesellschaft haben Rassismus, faschistisches Gedankengut und menschenverachtende Aussagen keinen Platz. Wir stehen weiterhin hinter dem Grundsatz: ‚Wer hetzt, der fliegt.‘“ Jörg Hofmann, erster Vorsitzender der IG Metall. Die Stellungnahme der IG Metall Stuttgart in voller Länge gibt es unter: <https://www.stuttgart.igm.de/news/meldung.html?id=92040>



Roland Schäfer, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Daimler in Untertürkheim.

Gib deine Linke gegen Rechts!

**Bundesjugendtreffen der EVG in Gnenikow
vom 23. bis 25. August**

Unter dem Motto „Mach neu!“ fand Ende August das Bundesjugendtreffen der EVG in Gnewikow statt. Rund 220 junge Gewerkschaftsmitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet kamen ein Wochenende lang zum Ruppiner See in Brandenburg, wo neben Party und Sport natürlich auch gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Inhalte auf dem Programm standen. Die Themenpalette der angebotenen Workshops reichte von der Mobilitätswende über die Zukunft der Arbeit bis zur Gleichstellung von Frauen. Ein Panel befasste sich mit den Positionen rechtspopulistischer Akteure, wobei klar aufgezeigt wurde, dass diese politischen Kräfte für Gewerkschafter*innen in keiner Weise eine Alternative darstellen. Der Bundesjugendleiter der EVG, Hussein Khamis, betonte die Bedeutung, gerade als Gewerkschaftsjugend gegen rechtes Gedankengut vorzugehen: „Wir stehen als EVG-Jugend für Solidarität, Demokratie und Vielfalt. Rechtspopulist*innen hingegen bieten keine Lösungen für die gesellschaftlichen



(Foto: EVG/ Dennis Hegmanns)

Herausforderungen. Im Gegenteil, sie schüren Hass und spalten die Gesellschaft. Dem müssen wir aktiv entgegenwirken, in dem wir unsere gewerkschaftlichen Grund-

werte, so wie hier auf dem Bundesjugendtreffen, auch im Betrieb, im Verein, im Alltag, immer wieder stark machen und klare Kante gegen Rechts zeigen.“ Im Anschluss gab es noch einen internationalen Austausch mit jungen Kolleg*innen aus der Schweiz und Österreich. Gerade aus Österreich gab es viel zu berichten: Denn dort hatte die Regierung aus der konservativen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ im letzten Jahr vor, die Jugendvertretungen abzuschaffen. Dies konnte jedoch verhindert werden, berichteten die Kolleg*innen aus dem Nachbarland.

Darüber hinaus setzte die EVG-Jugend an jenem Wochenende noch ein interaktives Zeichen gegen Rassismus und Rechtspopulismus: Die EVG-Jugend startete die Mitmach-Aktion „Gib deine Linke gegen Rechts“, in der große Banner mit bunten Händen der Teilnehmer*innen bedruckt wurden. Nach dem gelungenen Auftakt auf dem Bundesjugendtreffen will die EVG-Jugend nun im Oktober bundesweit an sechs Bahnhöfen ein Zeichen gegen Rechts setzen, in dem die reisenden Passanten am Bahnhof ebenfalls aufgefordert werden: „Gib deine Linke gegen Rechts!“



„Was ist dir eigentlich wichtig...?“ Übungshandbuch für Peer-Education in der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung

Broschüre des Monats

Tandem NRW ist ein Modellprojekt zur Rechtsextremismusprävention bzw. -intervention und Demokratieförderung. Unter dem Motto „Toleranz fördern, Demokratie erfahren, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abbauen“ werden seit 2015 verschiedene Bildungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene erstellt. Ein wichtiger Baustein sind Workshopreihen, die in teils stark vorurteilsbeladenen und oder konfliktbeladenen Gruppen bzw. Schulklassen zum Thema Demokratie und Vielfalt durchgeführt werden. Es werden aber auch Workshops unabhängig von bestimmten Konfliktsituationen angeboten. Ein anderer wichtiger Baustein ist die Ausbildung von Trainer*innen für Demokratie und Vielfalt. Die fertig ausgebildeten Trainer*innen sollen später die angesprochenen Workshopreihen mitveranstalten und teamen. Das kürzlich erschienene Übungshandbuch ist als Arbeitshilfe gedacht, um eigene Workshops nach der Methodik von Tandem NRW zu konzipieren. Hintergrundinformationen zur gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Vorurteile, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und Rechtsextremismus finden sich in dieser Broschüre ebenso wie Übungen, die als kurze Workshops wie auch als ganze Tages- und Wochenreihen durchgeführt werden können. Die Broschüre eignet sich somit für die arbeitsweltbezogene und gewerkschaftliche Jugend- und Bildungsarbeit.

Die Broschüre zum Download gibt auf der Seite der Vielfalt-Mediathek: <https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6762/was-ist-die-eigentlich-wichtig-bungshandbuch-f-r-peer-education-in-der-rechtsext.html>

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand:

Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Marc Neumann (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelich

Fotos: DGB, DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land, IG Metall, EVG-Jugend

Verlag und Produktion:

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Matthias Baumann**, ver.di, Duisburg
2. **Joe Burggraf**, IG BCE, Betriebsratsmitglied, VL, Köln
3. **Karsten Kaus**, IG Metall, Gewerkschaftssekretär, Düsseldorf
4. **Moritz Köppel**, IG BCE, Mitglied im BJA, Kirchdorf am Inn
5. **Florian Korn**, IG BCE, Bergheim
6. **Vivian Madeja**, IG BCE, Lübbenau
7. **Anton Melament**, IG BCE, JAV und Jugendreferent, Mainz
8. **Daniel Miller**, IG BCE, Abensberg
9. **Arzu Simsek**, Krefeld
10. **Andreas Spangler**, IG BCE, Vertrauensmann, Worms
11. **Marcel Stoll**, IG BCE, Mitglied im BJA Mittelhessen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender